

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Servatiusweg 19-23 · 53332 Bornheim

An den Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses
Herrn Hans-Dieter Wirtz

Rathausstraße 2
53332 Bornheim

Bornheim, 19 Januar 2016

Betreff: Informationen zur Vermietung an Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Wirtz,

wir bitten den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 17.02.2016 zu setzen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bornheim möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt relevante Informationen für potentielle Vermieter von Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen zu erstellen und online und als Broschüre Interessenten zur Verfügung zu stellen. Darin sollen grundlegende Fragen von potenziellen Vermietern adressiert werden und aufgelistet sein, welche Voraussetzungen und Kriterien (z.B. Brandschutz etc.) für eine Anmietung durch die Stadt zu erfüllen sind.

Begründung:

In den vergangenen Monaten sind uns mehrere Fälle berichtet worden, in denen Bürger, die eine Wohnung oder ein Haus der Stadt anbieten wollten, über mangelnde Informationsmöglichkeiten bei der Stadt beklagten. Dies führte wohl auch dazu, dass Angebote nicht weiterverfolgt wurden. Auch führte mangelnde Information zu einer falschen Erwartungshaltung bei den potentiellen Vermietern und letztlich dazu, dass eine Vermietung nicht zustande kam.

Wir sehen Handlungsbedarf bei der Bereitstellung eines besseren Informationsangebots für die Bürger, dass zugleich die Verwaltung entlastet wird.

Eine Informationsbroschüre in Form eines FAQ, die online und als Print zur Verfügung steht, erscheint uns an dieser Stelle ein probates Mittel die Informationsmöglichkeiten zu verbessern. Dabei kann auch auf vergleichbare Informationsangebote anderer Städte zurückgegriffen werden.

Wir erhoffen uns dadurch sowohl eine Entlastung derjenigen, die Verhandlungen führen müssen, bei denen falsche Vorstellung von vornherein eine Einigung ausschließen, als auch eine Motivation derjenigen, die mangels Informationen ihren Wohnraum nicht anbieten. Eine unpersönliche Mailadresse erscheint uns als Informationsmöglichkeit nicht ausreichend.

Ein Beispiel für eine solche Information bietet die Stadt Düsseldorf, unter diesem Link zu finden:

<https://www.duesseldorf.de/fluechtlingsbeauftragte/faq/index.shtml#w06>

Maria Koch

Markus Hochgartz

und Fraktion